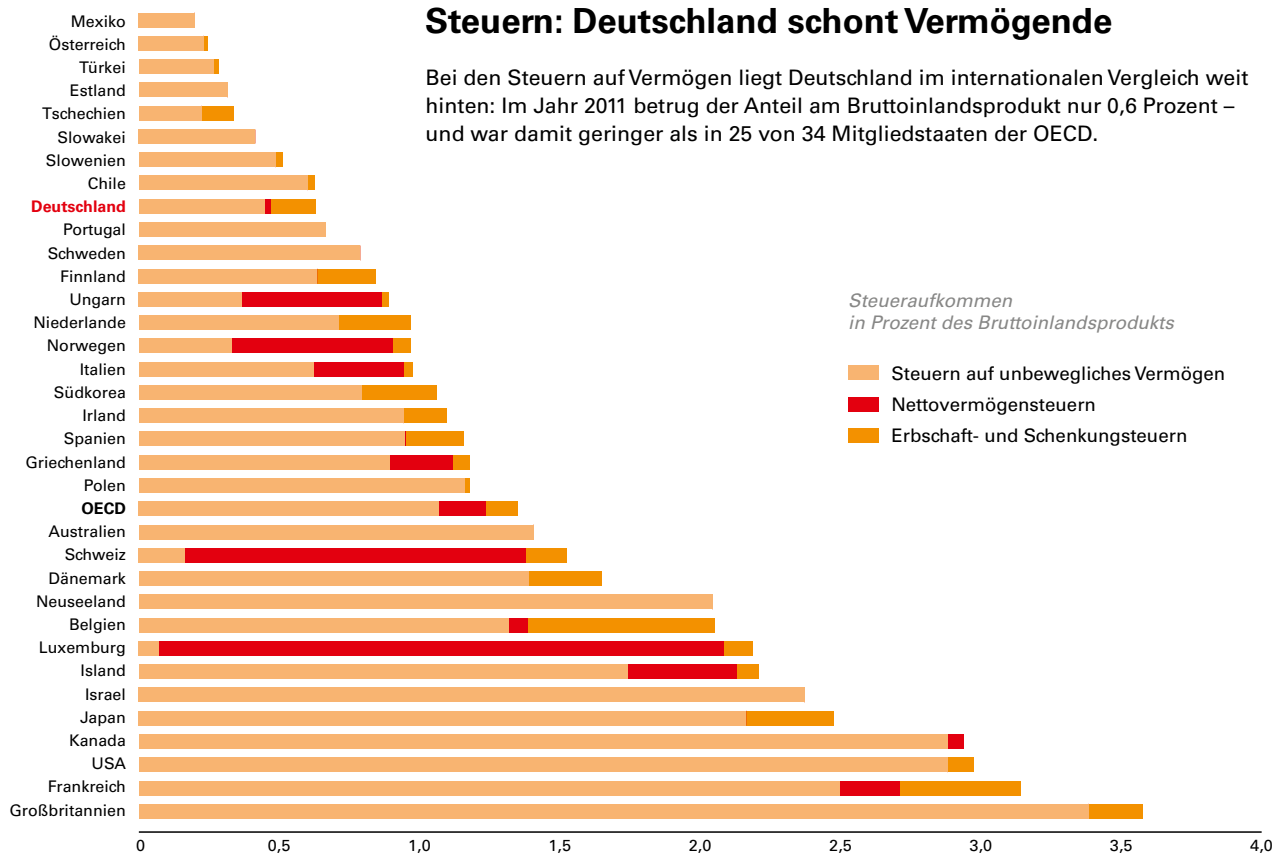


Steuern: Deutschland schont Vermögende

Bei den Steuern auf Vermögen liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit hinten: Im Jahr 2011 betrug der Anteil am Bruttoinlandsprodukt nur 0,6 Prozent – und war damit geringer als in 25 von 34 Mitgliedstaaten der OECD.



Quelle: OECD 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

MINDESTLOHN

USA: Allenfalls minimale Jobverluste

Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen nachzuweisen ist schwierig. Aus methodisch einwandfreien Studien für die USA lassen sich allenfalls minimale Beschäftigungsverluste infolge höherer gesetzlicher Lohnuntergrenzen ableiten.

Die US-Mindestlöhne auf Bundes- und Bundesstaatenebene haben sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr unterschiedlich entwickelt. Aktuell liegen sie zwischen sieben und elf Dollar pro Stunde. Damit existieren eigentlich reichlich Erfahrungen, wie höhere oder niedrigere Mindestlöhne wirken, so die US-Forscher Sylvia Allegretto, Arindrajit Dube, Michael Reich und Ben Zipperer in einem Arbeitspapier des Bonner Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit.* Die „schlechte Nachricht“ sei jedoch, dass man leicht zu Fehlschlüssen gelange, wenn sich die Ursachen beobachteter Veränderungen nicht sauber identifizieren ließen. Es gebe viele Störvariable, die Ergebnisse verfälschen, falls die Rechenmodelle keine entsprechenden Korrekturen enthielten.

Eine Reihe von Analysemethoden stufen die Wissenschaftler allerdings als durchaus seriös ein. Darunter sind zum Beispiel Vergleiche der Beschäftigungsentwicklung in angrenzenden Counties unterschiedlicher Bundesstaaten, von denen der eine einen hohen und der andere einen niedrigen Mindestlohn hat. Mit unterschiedlichen Datensätzen und Verfahren haben die Forscher nun versucht, Beschäftigungseffekte für zwei Gruppen zu ermitteln, die häufig am unteren Ende der Lohn- und Qualifikationshierarchie stehen – Teen-

ager und Beschäftigte in Restaurants. Dabei zeigt sich: Deren Beschäftigungschancen verschlechtern sich durch höhere Mindestlöhne zumeist nicht nachweisbar. Die sogenannte Beschäftigungselastizität variiert nach den Berechnungen von Allegretto und Kollegen je nach Datensatz von zumeist leicht positiven Werten bis zu minus 0,1 als Untergrenze. Demnach würde ein um zehn Prozent erhöhter Mindestlohn maximal ein Prozent der betroffenen Niedriglohnjobs kosten.

Jobverluste durch Mindestlohn erhöhungen in den USA seit 1990 seien nicht substantiell gewesen, resümieren die Forscher. Damit sei zwar nicht behauptet, dass Mindestlöhne niemals die Beschäftigung reduzieren könnten. Aber „moderate Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns führen zu substantiell höheren Durchschnittslöhnen“ für die Menschen im Niedriglohnsektor, ohne merklich Stellen zu kosten. Die Forscher zeigen auch, dass höhere Mindestlöhne die Mitarbeiterfluktuation deutlich reduzieren und somit auch Vorteile und Kostenersparnisse für die Arbeitgeber bringen. Dies sei ein nützliches Forschungsergebnis für die Politik. ◀

* Quelle: Sylvia Allegretto u.a.: Credible Research Designs for Minimum Wage Studies, IZA Discussion Paper Nr. 7683, September 2013
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)